

Antrag

der Fraktion der CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Die hohe Qualität in der Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erfolgreiche Förderung der Schülerinnen und Schüler

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Bedeutung sie einer hochwertigen fachlichen, pädagogischen und diagnostischen Ausbildung der Lehrkräfte beimisst;
2. wie sie die hohe Qualität in der ersten Phase der Lehrerausbildung an den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten des Landes nachhaltig sichern und gegebenenfalls noch weiter steigern will;
3. in welchem Umfang sie universitäre Lehramtsstudiengänge für das Gymnasium bzw. die beruflichen Schulen an die Pädagogischen Hochschulen verlagern will;
4. wie sie mögliche Kooperationsmodelle zeitlich und curricular zwischen den beteiligten Universitäten und Pädagogischen Hochschulen abgrenzen will (bei der Stellungnahme insbesondere aufzuzeigen, wie diese Passung gelingen kann, ohne dabei die fachliche Qualität der Ausbildung nachhaltig zu beeinträchtigen);
5. welches Entwicklungskonzept ihrer Ankündigung vom 20. Mai 2011 zugrunde liegt, die Lehramtsausbildung für Gymnasiallehrkräfte von den Universitäten an die Pädagogischen Hochschulen zu verlagern und bis zu welchem Studiensemester sie eine Umsetzung vorsieht (insbesondere aufzuzeigen, wie sie den vorliegenden gemeinsamen Antrag der Universität und PH in Heidelberg entscheiden wird);

6. welche Folgewirkungen dies für die aufgebauten Kapazitäten an den Universitäten bzw. Pädagogischen Hochschulen des Landes haben wird (bei der Stellungnahme insbesondere auch auf die möglichen inhaltlichen und sächlichen Wechselwirkungen mit den an den Universitäten verbleibenden Bachelor- bzw. Masterstudiengängen einzugehen);
7. auf welcher künftigen Besoldungsstruktur ihre Aussage beruht, dass die Besoldung und Versorgung der Lehrkräfte aller Schularten harmonisiert werden soll (insbesondere bei der Stellungnahme auf die Zielsetzung dieser Maßnahme einzugehen);
8. bis wann sie das neue Besoldungstableau dem Landtag vorstellen wird.

31. 05. 2011

Hauk, Wacker
und Fraktion

Begründung

Schülerinnen und Schüler müssen von den Lehrkräften bestmöglich auf die künftigen Herausforderungen in Gesellschaft und Berufswelt vorbereitet werden. Dazu bedarf es Lehrerinnen und Lehrer, die vom Land bestens auf ihre Aufgabe vorbereitet sind, junge Menschen mit unterschiedlichsten Bedürfnissen zu unterrichten. Ein einheitlich ausgebildeter Lehrer kann nicht auf all die verschiedenen Unterrichtssituationen und Anforderungen in fachlicher wie pädagogischer Sicht vorbereitet sein. Deshalb muss eine möglichst optimale Lehrerausbildung auch weiterhin möglichst passgenau auf den künftigen Unterrichtseinsatz in den verschiedenen Schularten vorbereiten.

Der von der grün-roten Landesregierung angekündigte Einstieg in eine Einheitslehrerausbildung ist der falsche Ansatz. Ein so universell einsetzbarer Lehrer schadet den jungen Menschen im Land, da er nicht in ausreichendem Maße auf deren besonderen Bedürfnisse und Erfordernisse hin qualifiziert sein kann.

Das baden-württembergische Schulwesen weist in allen Leistungsvergleichsstudien Spitzenplatzierungen auf. Es gilt zu beachten, dass die hohe Qualität der Schulen in unserem Land von der hohen fachlichen und pädagogischen Kompetenz der bestmöglich ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer lebt. Für die CDU-Landtagsfraktion haben die Schülerinnen und Schüler auch künftig einen Anspruch darauf, dass die angehenden Lehrerinnen und Lehrer so ausgebildet werden, dass sie ihre höchst unterschiedlich ausgeprägten Fähigkeiten und Bedürfnisse möglichst passgenau fördern können. Auch für GRÜN/Rot gilt, dass eine pädagogische und diagnostische Ausbildung nur dann optimal wirken kann, wenn sie auf dem soliden Fundament von hohem Fachwissen der Lehrerinnen und Lehrer zum Einsatz kommen.

Die hohe Qualität in der Lehrerausbildung ist das Fundament für die erfolgreiche Arbeit an den Schulen im Land. Daher muss aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion der erfolgreiche baden-württembergische Weg der Lehrerausbildung an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen behutsam weiterentwickelt werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 22. Juni 2011 Nr. 23–804.10/ nimmt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Kultusministerium und dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. welche Bedeutung sie einer hochwertigen fachlichen, pädagogischen und diagnostischen Ausbildung der Lehrkräfte beimisst;*
- 2. wie sie die hohe Qualität in der ersten Phase der Lehrerausbildung an den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten des Landes nachhaltig sichern und gegebenenfalls noch weiter steigern will;*

Der Ausbildung der künftigen Lehrerinnen und Lehrer kommt eine sehr hohe Bedeutung zu. Die neue Landesregierung setzt hier einen neuen Schwerpunkt der Bildungspolitik des Landes. So sieht der Koalitionsvertrag ausdrücklich die Zielsetzung vor, die Lehrerinnen und Lehrer besser auf die Schule vorzubereiten. Denn neben einer umfassenden, am aktuellen Stand der jeweiligen Disziplin orientierten fachwissenschaftlichen Kompetenz müssen die angehenden Pädagoginnen und Pädagogen auch stärker als bisher Kompetenzen in pädagogischer, didaktischer und diagnostischer Hinsicht erwerben.

Bereits die Vorgängerregierung hat in der von ihr geschaffenen Gymnasiallehrerprüfungsordnung I (GymPO I) vom 31. Juli 2009 in jedem Fach den Umfang der Fachdidaktikmodule verdoppelt, ein Bildungswissenschaftliches Begleitstudium vorgesehen und ein Modul Personale Kompetenz eingeführt. Gleichzeitig wurden die Praxiselemente etwa durch die Einführung des obligatorisch zu bestehenden Schulpraxissemesters verstärkt.

Außerdem sehen die neuen Prüfungsordnungen für die Lehramtsstudiengänge an den Pädagogischen Hochschulen, die ebenfalls bereits von der Vorgängerregierung erarbeitet wurden, eine Stärkung der Kompetenz zur besseren Ausrichtung des Unterrichts auf die jeweilige Altersgruppe der Schülerinnen und Schüler vor.

Ziel der neuen Landesregierung ist es, auf diesem eingeschlagenen Weg engagiert weiterzugehen und insbesondere das Studium für das Lehramt am Gymnasium weiterzuentwickeln. Die Lehrerinnen und Lehrer benötigen ein exzellentes Fachwissen, sie müssen aber zugleich stärker als früher auf den individuellen Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler eingehen können. Deshalb sollen die Stärken der Universitäten in der fachwissenschaftlichen Ausbildung noch besser mit den pädagogisch-didaktischen Stärken der Pädagogischen Hochschulen verbunden und für das Studium zum gymnasialen Lehramt nutzbar gemacht werden. Die Umsetzung dieser politischen Zielsetzung wird Gegenstand eines offenen Diskussionsprozesses sein, der in einem engen Dialog mit den Hochschulen und allen anderen Beteiligten in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern konstruktiv und offen geführt wird.

- 3. in welchem Umfang sie universitäre Lehramtsstudiengänge für das Gymnasium bzw. die beruflichen Schulen an die Pädagogischen Hochschulen verlagern will;*
- 4. wie sie die möglichen Kooperationsmodelle zeitlich und curricular zwischen den beteiligten Universitäten und Pädagogischen Hochschulen abgrenzen will (bei der Stellungnahme insbesondere aufzuzeigen, wie diese Passung gelingen kann, ohne dabei die fachliche Qualität der Ausbildung nachhaltig zu beeinträchtigen);*

5. *welches Entwicklungskonzept ihrer Ankündigung vom 20. Mai 2011 zugrunde liegt, die Lehramtsausbildung für Gymnasialkräfte von den Universitäten an die Pädagogischen Hochschulen zu verlagern und bis zu welchem Studiensemester sie eine Umsetzung vorsieht (insbesondere aufzuzeigen, wie sie den vorliegenden gemeinsamen Antrag der Universität und PH in Heidelberg entscheiden wird);*

Entgegen der Interpretation der Antragsteller geht es nicht um eine Verlagerung von Studiengängen, sondern um eine Optimierung der Lehrerausbildung durch eine weitere Verstärkung der bereits von der Vorgängerregierung initiierten Kooperation von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen. Dass hier auch schon die von den Antragstellern getragene frühere Landesregierung Handlungsbedarf gesehen hat, zeigen verschiedene Bemühungen des Wissenschaftsministeriums etwa im Bereich von Ausschreibungen. Insofern verwundert die Besorgnis der Antragsteller im Hinblick auf eine Politik, die bis vor kurzem die Eigene war und offensichtlich für richtig gehalten wurde. Auch der angesprochene Kooperationsantrag der Universität Heidelberg und der PH Heidelberg geht auf eine noch unter der Vorgängerregierung durchgeführte Ausschreibung zurück; die Entscheidung über solche Anträge wird entsprechend den Voten externer und unabhängiger Gutachter getroffen.

6. *welche Folgewirkungen dies für die aufgebauten Kapazitäten an den Universitäten bzw. Pädagogischen Hochschulen des Landes haben wird (bei der Stellungnahme insbesondere auch auf die möglichen inhaltlichen wie sächlichen Wechselwirkungen mit den an den Universitäten verbleibenden Bachelor- bzw. Masterstudiengängen einzugehen);*

7. *auf welcher künftigen Besoldungsstruktur ihre Aussage beruht, dass die Besoldung und Versorgung der Lehrkräfte aller Schularten harmonisiert werden soll (insbesondere bei der Stellungnahme auf die Zielsetzung dieser Maßnahme einzugehen);*

8. *bis wann sie das neue Besoldungstableau dem Landtag vorstellen wird.*

Bei der Konzeptentwicklung, die in engem Dialog mit den Hochschulen und den anderen Beteiligten erfolgen wird, geht es um qualitative und quantitative Aspekte. Zunächst stehen die inhaltlichen Fragen im Vordergrund.

Bauer
Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst